

Beschluss (vorläufig)

Grüne für klares Nein zu Studiengebühren

Die Hochschulen befinden sich einem gravierenden Wandel. Neben positiven Ansätzen führen Entwicklungen zum Bezahlstudium zu steigenden Zugangshürden vor den Hörsaal Türen. Studiengebühren halten viele Studieninteressierte von der Aufnahme eines Studiums ab und bilden damit eine entscheidende Barriere vor dem Campus. Viele Studieninteressierte, gerade aus einkommensarmen Elternhäusern, können sich die Studiengebühren nicht leisten – das ist und bleibt sozial ungerecht.

Die Einführung von Studiengebühren in sieben unionsregierten Bundesländern wurde vor Ort mit starkem Protest an den Hochschulen begleitet, aber leider gegen den Widerstand der Grünen in den Landtagen, der grünen Hochschulgruppen sowie der Grünen Jugend durchgesetzt. Mittlerweile zeigt sich, dass viele Befürchtungen der Gebühren-Gegner eingetreten sind. Studiengebühren führen in eine hochschulpolitische Sackgasse und finden in der Gesellschaft zu Recht kaum Akzeptanz.

Die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen und deren Entschärfung in Hamburg zeigen, dass die Studiengebühren-Front wieder bröckeln kann. Koalitionskompromisse dürfen aber keinesfalls dazu führen, dass wir unser Ziel der Studiengebührenfreiheit aus den Augen verlieren. Der Kampf gegen Studiengebühren geht weiter: Wir wollen sämtliche Studiengebühren wieder abschaffen bzw. deren Einführung verhindern.

Wir Grüne sind für ein konsequentes Nein zu Studiengebühren, vor allem weil:

- **Studiengebühren sozial selektiv wirken:** 83 % der Akademikerkinder beginnen ein Studium, aber nur 23 % der Nicht-Akademikerkinder. Diese skandalöse soziale Auslese vor dem Campus verschärft sich mit Studiengebühren. Studieninteressierte aus armen und hochschulfernen Familien sind besonders betroffen – für sie sind 1000 Euro im Jahr eine hohe Zusatzbelastung.
- **Studiengebühren abschrecken:** Studiengebühren verringern die Attraktivität des Studiums und sind eine hohe Zugangshürde. In der Abwägung verschiedener Qualifizierungspfade nach dem Abitur wählen viele junge Menschen daher Alternativen zum Studium. Die Studienanfängerquote wird durch Studiengebühren abgesenkt statt gesteigert.
- **Studiengebühren die Ausbildungsmisere verschärfen:** Studiengebühren schrecken junge Menschen vom Studium ab und leiten sie auf den Lehrstellenmarkt um. Studienberechtigte verdrängen dort weniger qualifizierte Jugendliche. Durch Studiengebühren verringern sich also die Chancen von Real- und Hauptschulabsolventen auf eine freie Lehrstelle.

- **Studiengebühren den Akademiker- und Fachkräftemangel beschleunigen:** Die Campus-Maut führt zu weniger StudienanfängerInnen. Obwohl wir ökonomisch viel mehr AkademikerInnen brauchen, nehmen rund 30% der AbiturientInnen wegen möglicher Schulden kein Studium auf. Wer den Fachkräftemangel entschärfen will, muss Studiengebühren stoppen.
- **Studienkredite keine soziale Abfederung bringen:** Studienkredite von Bund, Ländern und Banken sind keine sozialpolitische Maßnahme, sondern rufen bei schlechten Konditionen erhebliche Schuldenberge hervor. Gerade Studienberechtigte aus armen Familien scheuen Schulden. Auch wegen unkalkulierbarer Zinserhöhungen sind Studienkredite riskant.

Wir Grüne wollen eine Hochschulpolitik, die ohne Studiengebühren auskommt. Kostenfreie Hochschulbildung ist eine Voraussetzung für eine gerechtere Wissensgesellschaft. Studieren muss endlich wieder attraktiver werden, daher können wir uns die abschreckende Wirkung und ungerechte soziale Auslese durch Studiengebühren nicht länger erlauben. Die Unterfinanzierung der Hochschulen muss über andere Wege überwunden werden, Studiengebühren sind das falsche Mittel dafür.

Nur mit Studiengebührenfreiheit ist die dringend erforderliche soziale Öffnung der Hochschulen zu schaffen. Eine Hochschulpolitik, die junge Menschen vom Studium abschreckt und den Akademikermangel verschärft, ist nicht nur ungerecht, sondern auch volkswirtschaftlich unvernünftig. Als Ausdruck eines marktradikalen Zeitgeistes dürfen Studiengebühren keine Zukunft haben, sondern gehören abgeschafft. Wir wollen eine Politik, die auf soziale Gerechtigkeit abzielt und Hochschulbildung als freies gesellschaftliches Gut betrachtet. Dafür werden wir weiter streiten.